

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.43 Uhr

Ende: 13.45 Uhr

1) Attraktivierung Thalersee

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte der Beginn der Wortmeldung von GR. Mag. Haßler in der Fragestunde nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung)

GR. Mag. **Haßler**: ...bereits sehr baufälliges Restaurant wurde dort angesprochen und es gab Ideen von einem Jugendgästehaus mit Seminarmöglichkeiten bis hin zu sozialen Beschäftigungsprojekten. Du, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, hast dich dort auch angeboten, weil es ja auch um die Finanzierungsfrage geht, bei der Investorensuche mitzuunterstützen und auszuloten, ob es Investoren gibt, die bereit sind miteinzusteigen und ob es Fördermöglichkeiten gibt, die uns bei dieser Finanzierung unterstützen können. Und der Bürgermeister hat angekündigt in dieser Stadtregierungssitzung, dass eine Projektgruppe initiiert wird und diese Projektgruppe von den Mitarbeitern aus seinem Bürgermeisterbüro sozusagen koordiniert wird. Nachdem jetzt wieder eine Zeit vergangen ist, nutze ich die heutige Fragestunde, um hier die

Frage

zu stellen: Inwieweit hat die vor fast auf den Tag genau drei Monaten von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl angekündigte Arbeitsgruppe zur Attraktivierung des Thalersees die Arbeit aufgenommen und zu welchen ersten Ergebnissen beziehungsweise Erkenntnissen hat diese Arbeitsgruppe bisher geführt (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, lieber Gerald! Die von dir angesprochene Arbeitsgruppe besteht im Kern aus den Freizeitbetrieben der Holding und aus der GBG und diese Arbeitsgruppe, die dann, ich werde es noch kurz ausführen, in der Zwischenzeit immer wieder erweitert wird, befindet sich in einer sehr intensiven Projektphase. Die Finanzierung für das Projekt steht allerdings noch aus. Was sind die konkreten Ergebnisse bisher? In dieser Arbeitsgruppe ist mit der GBG vor allem ein Raum- und Funktionsprogramm samt Kostenschätzung erarbeitet worden und zwar auf Basis der von dir schon genannten Studie des Universitätslehrganges des Institutes für Raumordnung und Geographie auf der Universität in Graz. Dazu gibt es übrigens auch Projektunterlagen, die jederzeit einsehbar sind. Es geht derzeit um die Untersuchung von zwei Varianten. Eine Kombination von Projektinhalten und Finanzierung. Bei Variante A geht es um eine betriebswirtschaftliche Sanierung und weitgehende Optimierung eines Naherholungsbereiches aufgrund der Budgetvorgaben. Zweite Variante ist, ein Ausbauprojekt in Abstimmung mit den budgetären Rahmenbedingungen durch Einsparung beziehungsweise Zuschüsse oder Investitionen zu finanzieren von Dritten. Schwerpunkte waren dabei rund 80 Sitzplätze, ein Seminar-/Veranstaltungsbereich für 30 Personen im Inneren sowie ein Gastgarten, teilweise Verglasung mobil für zirka 100 Plätze auf der Seeterrasse. In jedem Fall sollte die inhaltliche kulinarische Ausrichtung eine breitestmögliche Zielgruppe ansprechen, nämlich Familien mit Kindern, PensionistInnen, Jugend, StudentInnen, Kleinveranstaltungen von Familien und Firmen und der See somit als Ganzes sollte bespielt werden. Die Positionierung und die Ideenfindung wären auch mit potentiellen

Pächtern abzugleichen. Details und Funktionsanforderung sowie die Größen der Räumlichkeiten müssen natürlich in einem vom Architekten zur gegebenen Zeit festgelegten geladenen Architekturwettbewerb umgesetzt werden. Die Kostenschätzung laut GBG für diese Variante B liegt derzeit bei rund 2,5 bis drei Millionen Euro. Ein attraktiver Kinderspielbereich wäre zusätzlich zu den festgehaltenen Spezifikationen vorzusehen. Nach der Sicherung der Finanzierung schlägt die Gruppe vor, parallel zur Umsetzung auch mit der Pächtersuche gleichzeitig zu beginnen, das Beibringen der Einrichtung sehen wir, diese Gruppe eben, als Mindestvoraussetzung. Eine grundsätzliche Entscheidung über die Varianten ist bis jetzt noch nicht getroffen worden, sie befinden sich noch in der endgültigen Ausarbeitungsphase. Gleichzeitig führt die Freizeit GmbH der Holding Graz konkret und interne Gespräche mit der Gemeinde Thal, mit Jufa, das ist Jugend- und Familientourismus, das ist eine Institution, die Hotels, Gästehäuser usw. führt sowie mit potentiellen Förderstellen über die Weiterentwicklung des Projektes. Die Gemeinde Thal sieht wenig Möglichkeiten für eine finanzielle Unterstützung. Jufa hat derzeit aufgrund mangelnder Kapazitäten kaum Interesse und Potential, für diesen Bereich am Thalersee ein Neubauprojekt voranzutreiben oder ein Restaurant neu zukünftig zu betreiben. Deshalb werden im Rahmen dieser Arbeitsgruppe die Gemeinde Thal und Jufa jeweils bei Bedarf beigezogen, es werden entsprechende Unterlagen aufbereitet, um das regionale Freizeitthema vor allem auf die finanziellen, personellen Ressourcen abgestimmte Grundlage für die Entscheidung über die vielleicht auch in Phasen umsetzbare Vorgangsweise zu treffen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Viele Dinge, die du gesagt hast, waren in der Stadtregierungssitzung, sage ich einmal, ähnlich am Tisch, also die Kostenschätzung für das Restaurant usw. war ja dort auch schon Thema. Meine Zusatzfrage: Wir haben ja von einem Generationenspielplatz auch gesprochen. Wurde mit dem Herrn Ehtreiber und dem

Kindermuseum schon Kontakt aufgenommen und wie sieht der Zeitplan jetzt aus und bist du bereit, damit ich mir die Fragen da immer wieder erspare, einfach in regelmäßigen Abständen, so einmal im Quartal zumindest, im Ausschuss einen Bericht zu geben, wie der aktuelle Stand ist?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Über allfälligen Kontakt mit dem Kindermuseum kann ich hier und jetzt ad hoc keine Auskunft geben, bin ich nicht informiert. Ich würde aber umgekehrt eine Einladung aussprechen an dich in dem Fall, dass wir in nächster Zeit mit GBG und Freizeitbetriebe der Holding Graz einen Termin machen, bei dem erstens die schon erarbeiteten Unterlagen der allfälligen weiteren Vorgangsweise vorgelegt werden können.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

2) Pammerbad – Pläne der Stadt Graz

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Frage beschäftigt sich mit der weiteren Zukunft des Pammerbades. Das Areal des Pammerbades in Graz-Waltendorf liegt seit geraumer Zeit brach. In der jüngeren Vergangenheit musste das Bad - unter anderem auch wegen ausbleibender Subventionszahlungen der Stadt Graz - geschlossen werden. Dies ist im

Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit geschehen. Mit der Schließung des Bades und den damit in Verbindung stehenden rechtlichen Schritten sind natürlich auch die entsprechenden Genehmigungen erloschen. Im aktuellen Flächenwidmungsplan wird das Areal nun entgegen den Wünschen der Eigentümerin als Sondernutzung im Freiland - Spielzwecke ausgewiesen. Nun muss aber festgehalten werden, dass gerade die zum Betrieb eines Bades notwendigen behördlichen Genehmigungen die Eigentümerin – so zumindest eine privat in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie – an die Grenzen des Möglichen führen würde. Allein die aus Lärmschutzzwecken zu errichtenden Mauern würden in der notwendigen Höhe schon jene der Grazer Karlau übertreffen. Hieraus resultiert nun folgende kuriose und für die Eigentümerin alles andere als erfreuliche Situation: Die Stadt erlegt der Eigentümerin eine Widmung auf, die ihrerseits wieder am Fehlen der behördlichen Genehmigungen scheitern würde und verweigert andererseits eine entsprechende Baulandausweisung.

Da es mit Sicherheit nicht im Sinne der Stadt Graz sein kann, eine brach liegende Schwimmbadruine zu produzieren, ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Frage:

Welche – gegebenenfalls auch unterstützenden – Maßnahmen sind im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit geplant, um das im Betreff angeführte Areal Pammerbad auch unter Berücksichtigung der Rechte und Wünsche der Eigentümerschaft einer adäquaten Nutzung zuzuführen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, Sie waren damals noch nicht Gemeinderat, deswegen möchte ich sehr stark betonen, dass ich damals auch als Finanzreferent Jahr für Jahr die Eigentümerin des Pammerbades finanziell unterstützt habe und es war für die Grazerinnen und Grazer und für mich auch ein Schock, wie sie ohne Ankündigung plötzlich in die Medien gegangen ist und aus meiner Sicht auch damals einen Schuldigen gesucht hat, um dieses Bad zu schließen und behauptet hat, die städtischen Förderungen seien nicht in dem Ausmaß geflossen. Bis zum heutigen Tag ärgere ich mich über die Vorgangsweise der Besitzerin und auch über die mediale Darstellung. Damals wurde ja auch der Versuch unternommen, dass wir das Bad gleich übernehmen und kaufen dürfen, was abgelehnt wurde. Soweit ich mich erinnere, gab es auch Äußerungen von ihr, dass sie das ja gar nicht zu verkaufen beabsichtigt und es hat nicht lange gedauert, sind plötzlich Inserate in Tageszeitungen aufgetaucht, wo dort schon Wohnungen zum Verkauf angeboten wurden, obwohl wir im Flächenwidmungsplan nach wie vor eine andere Ausweisung haben. Das Areal des ehemaligen Pammerbades ist im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan als Freiland Sondernutzung Freibad beziehungsweise Freiland Sondernutzung Spielplatz ausgewiesen. Gemäß dem einstimmigen Auflagenbeschluss des Gemeinderates ist im Entwurf des 4. Flächenwidmungsplanes, also den, den wir gerade auflegen und wo wir gerade die Bevölkerung informieren, eine sinngemäße Fortführung dieser Festlegung vorgesehen, das heißt, wir haben hier nicht in Bauland umgewidmet. Diese Ausweisung entspricht nicht den Wünschen der Eigentümerin, die um eine Baulandausweisung angesucht hat. Seitens der Stadt Graz wird aber die zusätzliche Ausweisung als Vorbehaltsfläche im Flächenwidmungsplan nicht nur nicht in Erwägung gezogen, sondern ich möchte es ganz konkret dem Gemeinderat und dem Ausschuss auch vorschlagen, um diese Grünfläche für die Bevölkerung zu erhalten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl**: Danke für die Antwort. Was ich da heraushöre, geht es da hauptsächlich um beiderseits um persönliche Befindlichkeiten, nämlich auch von Ihnen und ursprünglich auch von der Besitzerin. Die jetzige Situation, dass dort eine Schwimmbadruine entsteht, kann für die Stadt Graz aber auch keine sehr wünschenswerte ist. Wenn Sie sagen, Sie wollen es erhalten als Parkflächen, dass man das übernimmt, würde es schon auch dazugehören, dass die Stadt Graz einmal die Flächen übernimmt oder ich weiß nicht, ob man davon ausgehen kann, dass ein Privater einen Park betreibt. Weiters gibt es auch im Stadtentwicklungskonzept oder in sämtlichen... die die Stadt Graz trifft, dass man nicht zersiedeln soll und nach außen hin weiter wachsen soll, sondern dass man quasi innen verdichten soll, also alles, was innerhalb des Stadtgebietes weiter zu verbauen wäre, wäre wünschenswert. Die Stadt Graz wächst, Sie wissen das, Sie predigen das ja auch immer, also dort würde sich schon sehr wohl anbieten, dass man dort, es ist dort ein schönes Gebiet, man kann ja über die Dichte reden, dass dort kein Wohnbunker hinkommt, also man könnte dort schon ein Baugebiet mit geringerer, mittlerer Dicht beispielsweise... (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, danke vielmals, weil durch die Zusatzfrage habe ich ein bisschen durchblicken können, wo Sie mit dem Grundstück anscheinend hinwollen. Die Innenverdichtung, kann ich nur anmerken, dass wir in Graz ja noch genügend Baulandreserven haben und im Flächenwidmungsplan sehr behutsam damit umgehen und dass noch viel möglich ist. Aber gerade dort hatten wir eine wunderbare Oase für die Bevölkerung, Sie wissen, wie wenige Bäder wir auch im Osten von Graz haben. Wir haben hier im Gemeinderat vor einiger Zeit uns dann doch, Gott sei Dank, entschieden, das Ragnitzbad zu erhalten. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass viele, viele Menschen einen Freiraum suchen und das ist wirklich eine besondere Oase. Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass ich es damals kaufen wollte, ich will es bis zum heutigen Tag kaufen, wenn der Gemeinderat das mitträgt, und ich spüre bei

doch sehr vielen, dass das uns das lieber wäre als weitere Wohnblocks dort vor Ort. Ob wir es dann auch finanziell schaffen, das Bad wieder zu eröffnen, das ist eine Vision, das wäre der Wunsch, das ist die Frage, das möchte ich zumindest gerne und möchte einmal die Bestrebungen dorthin führen. Wir suchen ja auch den Kontakt zur Eigentümerin, sie hat, glaube ich, dieses Areal aber zumindest optional jemandem versprochen, mit dem wir vermehrt schon diese Inserate lesen konnten. Wir werden das jetzt eh im Flächenwidmungsplan zu behandeln haben, mein Vorschlag ist, Vorbehaltsfläche drauf, dann ist es auch klar, dass wir dann zu entscheiden haben, ob wir es kaufen wollen oder nicht und selbstverständlich wird dann der Gemeinderat auch in den Folgejahren zu beschließen haben, ob wir uns dort wieder ein Bad zutrauen, das müsste dann mit den Freizeiteinrichtungen drüben wieder geschehen, aber das wäre mein Wunsch und ich hoffe, dass die Eigentümerin mit uns dann auch das Gespräch sucht (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.58 Uhr den Vorsitz.

3) SozialarbeiterInnen im Bereich des Sozialamtes in der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Martina! Wie schon angekündigt, in meiner Frage geht es um die SozialarbeiterInnen im Bereich des Sozialamtes in der Stadt Graz. Wenn es um soziale Leistungen der Stadt Graz geht, gibt

es im Gemeinderat sehr unterschiedliche Sichtweisen, von „Wir machen eh so viel“ bis hin zu „Es sind Verbesserungen dringend notwendig und auch möglich“.

Ein wesentlicher Faktor für die Verbesserung der sozialen Situation von Menschen in unserer Stadt ist die personelle Ausstattung im Bereich des Sozialamtes. Da muss ich auch ein positives Beispiel dazu nennen, in der Gemeinderatssitzung, also in meiner ersten Gemeinderatssitzung, wo ich angelobt wurde, im April 2015, hast du ja angekündigt, dass eine zusätzliche Arbeitsstelle im Bereich der Ausgabe der SozialCard eingerichtet wird, was natürlich sehr positiv gesehen wird und wo wir nur zustimmen konnte und wir uns sehr darüber gefreut haben.

Dass die Zahl der Menschen, die in sehr schwierigen Lebensverhältnissen in Graz leben, wächst, ist nichts Neues und das lässt sich an einigen Bereichen feststellen, also ich nenne hier nur die Mindestsicherungsempfänger. Aber auch andere Institutionen, im Sozialbereich verzeichnen steigende Zahlen, zum Beispiel die Sachwalterschaft. Es ist traurig, aber es ist so, die Zahl der besachwalteten Personen steigt von Jahr zu Jahr konstant an, also nicht nur die Zahl der besachwalteten Personen, sondern auch die Anzahl der Sachwalterschaftsanregungen ist im Steigen, das zeigen uns die Statistiken und leider Gottes ist es so, wenn man einmal besachwaltet wird, ist es sehr schwer, von der Sachwalterschaft wieder wegzukommen. Oft könnten Besachwalterungen auch vermieden werden, wenn andere Unterstützungsstrukturen zur Verfügung stehen würden. Diese Personen brauchen eben in bestimmten Phasen einfach andere oder mehr Unterstützung und das kann eben die Sozialarbeit leisten. Hätte die städtische Sozialarbeit mehr Ressourcen, könnten eben auch dadurch viele Sachwalterschaften vermieden werden.

Daher stelle ich an dich folgende

Frage:

Siehst du in naher Zukunft eine Möglichkeit für eine Aufstockung der Stellen für SozialarbeiterInnen im Bereich des Sozialamtes (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Bedrana! Mich würde zuerst interessieren, wie du die unterschiedlichen Sichtweisen, die du in deiner Frage am Anfang angeführt hast, begründet hast, erhoben hast? Du hast oft eine sehr laute Sichtweise vergessen, nämlich dass einige in diesem Raum hier herinnen meinen, dass wir viel zu viel tun in diesem Bereich und das wird hier oft sehr laut gesagt. Mich hast du jedenfalls auch nicht befragt, aber ich kann dir meine Sichtweise sehr klar dazu sagen. Es stimmt, dass wir in der Stadt Graz sehr, sehr viel machen im Sozialbereich, dass wir gerade im Freiwilligenbereich, den gesetzlichen können wir ja nur oder können wir eigentlich klar nicht beeinflussen, da müssen wir die Landesgesetze exekutieren, aber im Freiwilligenbereich ist es doch in den letzten Jahren gelungen bei einigen Themen, die VorreiterInnenschaft als Stadt Graz einzunehmen, ob das jetzt die SozialCard ist, die bis Vorarlberg international auch in deutschen Landtagen schon diskutiert wurde, ob das die neue Pflegedrehscheibe ist, die in Kürze eröffnet wird, wo Menschen in Graz, die entweder Angehörige haben oder selbst betroffen sind, hinkommen können und von vorne bis hinten durch diesen Weg der Pflege, der Organisation der Pflege, der unterschiedlichen Leistungen auch trägerunabhängig beraten und betreut werden bis hin zum Aktionsplan der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung, wo wir ja österreichweit die erste Gemeinde waren, die so einen Maßnahmenplan erstellt hat. Wie gesagt, wir machen da sehr viel, ich möchte da jetzt auch auf das Case Management im Sozialamt zu sprechen kommen, das wir im Rahmen der Sozialarbeit installiert haben. Nachdem die, wie du auch anführst, die Problemlagen immer komplexer werden, wir von nicht einem Problem ausgehen können, sondern sehr oft viele Probleme bei den Betroffenen da sind, ist das Case Management ein sehr, sehr gutes Instrument, um einzelne Personen da auch wirklich gut in ihrer individuellen Situation bestmöglich zu unterstützen und aus der Situation auch bestmöglich herauszubegleiten. Bei der Sachwalterschaft steigen die Fallzahlen,

auch natürlich im Bereich der sozialen Arbeit, zusätzliche Dienstposten sind in diesem Bereich immer wünschenswert, aber da müsste man eigentlich die Anfrage nicht an mich, sondern an den Kollegen da zwei Sitze weiter, an den Herrn Personalstadtrat Gerhard Rüschi, stellen. Auf eines möchte ich hinweisen, es gibt keinen Zusammenhang zwischen Sachwalterschaft und sozialarbeiterischer Tätigkeit, denn das eine wird vom Gericht festgestellt, bei der Sachwalterschaft geht es nicht darum, dass Personen in schwierigen Lebenssituationen begleitet, beraten werden, sondern da geht es darum, wie das Vermögen verwaltet wird und wie Entscheidungen getroffen werden, weil sie von den Personen selbst nicht mehr getroffen werden können. Das ist ein Gerichtsbeschluss, die Sozialarbeit hingegen ist eine freiwillige Leistung, die nicht von oben verordnet werden kann, sondern das ist immer ein freiwilliges Übereinkommen. Optimal ist natürlich eine gute Zusammenarbeit zwischen Sachwalterschaft und Sozialarbeit, soweit ich das von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Sozialamt weiß, funktioniert diese Zusammenarbeit auch sehr gut, aber wie gesagt, auch wenn wir jetzt das Personal in der wachsenden Sozialarbeit ausweiten, führt das jetzt nicht unmittelbar zur Reduzierung der Fälle bei Sachwalterinnen und Sachwaltern (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Das mit der Sachwalterschaft, das sehe ich natürlich nicht so, weil sonst würde ich hier die Frage nicht stellen, weil ich einfach aus dem Bereich komme und es gibt sehr wohl einen Zusammenhang zwischen Erwachsenensozialarbeit und Sachwalterschaft. Zusatzfrage, einfach ob du dich dafür auch einsetzen wirst, mit der neuen Landesrätin für Soziales, mit der Frau Kampus, auch in diesem Bereich weiter Fortschritte zu machen. Der Herr Schrittwieser hat schon einiges an Arbeit geleistet und ob das weitergeführt wird (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Meinst du jetzt in Bezug auf die Erwachsenensozialarbeit? Gut, zur Erwachsenensozialarbeit ist zu sagen, dass auch hier die Stadt Graz Vorreiterin in der ganzen Steiermark ist, es gibt keine BH, die das so in dieser Art und Weise macht. Es ist erfreulich, dass im neuen Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP auf Landesebene der Ausbau der Erwachsenensozialarbeit flächendeckend auch drinnen ist, wo Graz auch, wie gesagt, wieder einmal das Vorbild ist, die anderen Bezirke haben das in dieser Art und Weise nicht. Nachdem es im Regierungsprogramm ganz eindeutig verankert ist, gehe ich davon aus, dass die neue frischgebackene Landesrätin Doris Kampus das auch so umsetzen wird (*Applaus SPÖ*).

4) Rechtzeitiges Einschreiten der Baubehörde

GR. **Pacanda** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke! Wir haben ja auch letzte Woche bereits in der Zeitung etwas über das Girardi-Haus gelesen. Es ist eines der prominentesten Gebäude natürlich auch wieder, das derzeit dem Verfall preisgegeben wird, wenn man es sich so anschaut. Es gibt in Graz weitere Fälle, die auch den Bürgern Sorgen bereiten, wie zum Beispiel das denkmalgeschützte Gebäude in der Grüne Gasse, da hat es, glaube ich, auch eine Anzeige gegeben aufgrund sonntäglicher Demolierungsarbeiten sowie im Regen offen stehender Fenster, oder auch das Haus in der Petersbergenstraße 10, das seit Jahren eine Dauerbaustelle ist mit fehlenden Dachziegeln.

Daher richte ich namens der Piratenpartei an dich folgende

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen können gesetzt werden, um bei solchen oder ähnlich gelagerten Fällen vorzeitig zu verhindern, dass die Gebäude verfallen oder Tatsachen geschaffen werden, die nicht mit der ASVK oder dem Denkmalschutz koordiniert sind?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja, lieber Philip, herzlichen Dank für deine Frage. Du kennst mich jetzt auch schon einige Zeit und weißt, dass diese Sorge bezüglich dieser Entwicklung in der Vergangenheit, weil das ist ja alles leider keine neue Entwicklung, aber auch, wo es jetzt die derzeitige Situation betrifft, eigentlich nicht nur unbefriedigend, sondern es ist eigentlich zum Verzweifeln, wenn man das alles sieht und da kann ich jetzt noch ein paar Beispiele noch weiter anführen auch. Ich möchte aber ein bisschen weiter ausholen und einfach trotzdem noch einmal auch für alle hier im Haus sagen, wie diese Situation genau jetzt derzeit ist und was man überhaupt auf kommunaler Ebene machen kann, weil das ist ja das Entscheidende. Du weißt, ein Eigentümer einer baulichen Anlage ist ja verpflichtet, die baurechtliche Bewilligung und den baurechtlichen Vorschriften gemäß zu erhalten, das regelt das Steiermärkische Baugesetz. Kommt der Eigentümer dieser Verpflichtung nicht nach, werden von der Baubehörde, also das ist das, was wir machen können, bei unmittelbarer Gefahr in Verzug Sicherheitsmaßnahmen vorgeschrieben, also das ist der Klassiker, wenn eben zum Beispiel Fester offen sind oder wenn ein Putz herunterbröckelt oder verschiedene andere Sachen. Also da haben wir eine Handhabe. Ein weiterführendes Instrument steht der Baubehörde, eben dieser sogenannte Instandsetzungsauftrag, zur Verfügung, der dann erlassen wird, eben wenn dieses Baugebrechen eintritt. Nach der zuständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes liegt ein Baugebrechen, und das ist nämlich auch wichtig zu wissen, dann vor, wenn sich der Zustand derart verschlechtert, dass

hierdurch öffentliche Interessen berührt werden. Als öffentliches Interesse sind die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit und die gröbliche Störung der architektonischen Schönheit des Stadtbildes, das ist so eine Formulierung. Beim Girardi-Haus ist laut zuständigem Sachverständigen derzeit keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit feststellbar. Wenn dann die Baubehörde irgendwann einmal eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit feststellen kann, ist aber, und das ist immer das Problem, der Schaden dann aber oft so weit fortgeschritten, dass eine Sanierung dann wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist. Also das ist immer dieses Zauberwort dann und diese Vorgehensweise, wie du weißt, hat ja in Graz schon Geschichte und hat vor allem System, ich sage es jetzt wirklich so, in Spekulantenkreisen. Wenn es sich jemand nämlich leisten kann und auch die Geduld aufbringt, ein denkmalgeschütztes Gebäude in der Schutzzone auch noch dazu langsam verfallen zu lassen, wird er es mit der derzeitigen gesetzlichen Vorgabe später auch abreißen können und das Kommod-Haus ist da allen am meisten in Erinnerung noch. Das heißt, mit der derzeitigen Rechtslage kann die Baubehörde das ganze Prozedere hinauszögern, verlangsamen, sie kann eben diese ganzen Verfahren, die notwendig sind, immer wieder prüfen, vorschreiben, alles Mögliche, in letzter Konsequenz aber nicht verhindern und das muss man deutlich sagen und das muss jeder auch da in dem Haus wissen. Du weißt aber auch, dass ich sicher nichts unversucht lassen werde, und das sage ich jetzt, das ist ein politisches Statement, weil dass die Behörde bei uns alles unternimmt, wirklich ihr Möglichstes tut, das weiß ich, weil die sind total sensibilisiert bei der Bau- und Anlagenbehörde, gerade ganz konkret beim Girardi-Haus. Politisch versuche ich jetzt mit dem Amt ein weiteres Gutachten, was wiederum nur das Stadtplanungsamt machen kann in Bezug, weil das kann man noch einmal prüfen, was die gröbliche Störung der architektonischen Schönheit des Stadtbildes betrifft, dann wird man wieder da ein Ergebnis haben. Gleichzeitig parallel probiere ich wieder, den Eigentümer, mit ihm ins Gespräch zu kommen, weil die Situation, das ist eh bekannt und es war in der Zeitung nachzulesen, dass die ASVK, also die eigentliche Instanz, wo man meinen möchte, dass sie sozusagen so ein Gebäude

aber auch andere als schützenswert erachtet, tut sie nicht und das Denkmalschutzamt, weil es ist um Denkmalschutz gegangen, ist da offenbar... drückt da ihre Sorge diesbezüglich aus, dass dieses Verhältnis so ist. Deshalb zusammenfassend: Gespräch mit dem Eigentümer noch einmal, weiteres Gutachten bezüglich der Schönheit des Objektes, ob das jetzt verfällt und das Wichtigste aber, und das ist jetzt das Entscheidende, wir werden eine Petition vorbereiten in zwei Punkten, eine werden wir da im Gemeinderat nächstes Mal einbringen und die weitere versuche ich mit unserem Amt selbst direkt an den Landesgesetzgeber heranzuführen, weil ohne diese Schritte reden wir in zehn Jahren noch über das Gleiche und in der Zwischenzeit sind 50 weitere schützenswerte Objekte nicht mehr da und all das, was wir heute gehört haben vom Herrn Osterider, was ihn auch sensibilisiert hat als Kind und jungen Menschen, werden wir dann manchmal nicht mehr sehen. Danke noch einmal für die Frage (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Also erst einmal danke für die wirklich ausführliche Beantwortung der Hauptfrage, die jetzt wirklich sogar für mich persönlich besser beantwortet ist und in eine gute Richtung beantwortet ist, wo du sagst, in eine Petition geht. Ich habe trotzdem noch eine Frage. So wie du eben gesagt hast, wir können es verzögern, wir können es nicht aufhalten und ist die Frage, ist Ersatzvornahme nicht ein mögliches Mittel vielleicht, um es im Endeffekt nicht dazu kommen zu lassen, dass es nachher dann zusammenbricht, verfault und abgerissen werden muss, also könnte man als Stadt Graz nicht eine Ersatzvornahme andenken bei solchen Gebäuden?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Wenn das möglich ist, wäre das ein guter Schritt, aber ich kann dir das jetzt nicht beantworten.

5) FuZo Lendplatz

GR. **Rajakovics** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Wahlkampf vor zweieinhalb Jahren habt ihr in meterlangen Sichtkeile für Fußgängerzonen gewettert, welchen zahlreiche Parkplätze zum Opfer fallen und eine grüne Welle für den Individualverkehr angekündigt. Die ersteren gibt es unverändert, die grüne Welle ist bereits abgesagt. Im Februar dieses Jahres gab es einen dringlichen Antrag meines Kollegen Haberler, der mehrheitlich angenommen wurde, mit dem du gebeten wurdest, einen runden Tisch...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics**: ...ja, aber mehrheitlich halt. Gebeten wurdest, einen runden Tisch zur Gestaltung der Verkehrsführung Lendplatz einzuberufen. Diesen hat es bisher nicht gegeben, dafür sollten am Lendplatz zusätzliche Blaue-Zonen-Parkplätze am Marktgebiet entstehen. Daraufhin gab es einen dringlichen Antrag von uns im April bezüglich der Vorlage zur Errichtung und Gestaltung einer Fußgängerzone in diesem Bereich im Stadtsenat. Der Stadtsenat wurde nie informiert, dafür hast du vollkommen konzeptlos, meiner Ansicht nach, drei Fußgängertafeln aufstellen lassen und gleichzeitig die Wirte am Lendplatz darüber informiert, dass du gegen diese Fußgängerzone bist. Über so eine Vorgangsweise mögen sich, vor einer Landtagswahl, deine freiheitlichen Kollegen lachend auf die Schenkel klopfen, eine Stadt zu regieren,

und als Teil der Stadtregierung ist das aber auch deine Aufgabe, das seriös anzugehen. Es drängt sich bei einer solchen Vorgangsweise das Gefühl auf, dass du die Parteiarbeit der Sacharbeit vorziehst.

Daher stelle ich namens der ÖVP folgende

Frage:

Bist du bereit, noch vor der Sommersitzung des Gemeinderats im Juli der Aufforderung zu einem „Runden Tisch Lendplatz“ nachzukommen und bei diesem auch eine sinnvolle Lösung für den Bauernmarktteil des Lendplatzes zu erörtern?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Thomas! Normalerweise versuche ich ja nicht polemisch auf diese Anfragen zu antworten, aber es ist schon sehr lächerlich, was du hier ausbreitest, unabhängig von grüner Welle, die natürlich besteht und machbar ist, Sichtkeile sind nicht betroffen gewesen vor Fußgängerzonen, sondern im Parkraum und daran wird massiv gearbeitet, aber die Dinge gehen halt nicht so schnell. Und was die Fußgängerzone am Lendplatz anbelangt, ich meine, da solltest du dich selbst hinterfragen, weil die Amtsmeinung, die Fachmeinung hat euch allen davon abgeraten, das so zu tun. Es ist auch unwahr, dass der Stadtsenat damit nicht beschäftigt worden ist. Selbstverständlich wurde es im Stadtsenat abgestimmt, in der letzten Gemeinderatssitzung also parallel zur Gemeinderatssitzung war es im Stadtsenat. Am nächsten Tag wurde, wie von Ihnen, meine Damen und Herren, es war die Mehrheit des Gemeinderates, in Auftrag gegeben, die Fußgängerzone eingerichtet. Jetzt zu kommen und zu sagen, da funktioniert etwas nicht, das scheint mir völlig unverständlich. Wir haben ein Marktgebiet, das am Vormittag ausgewiesen ist, das wunderbar funktioniert seit Jahrzehnten und wir haben jetzt die Situation, dass auf

dem nachmittäglichen Marktgebiet nicht mehr geparkt werden kann, früher hat es ja ein Wildparken gegeben, jetzt ist dort eine Fußgängerzone, wie mir aufgetragen, veranschlagt worden. Ich verstehe jetzt keine deiner Fragen dazu und zum Thema runder Tisch, der ist ja entstanden aufgrund der Diskussion Keplerstraße Linksabbiegen, das hat also mit dem Lendplatz als solches überhaupt nichts zu tun gehabt, aber ich habe dir beigelegt also diesen Antrag von damals. Da hier haben wir jetzt die Situation, dass die Keplerbrücke generalsaniert wird, deswegen auch die Straßenabschnitte Richtung Lendplatz neu angedacht werden müssen für diese Bauzeit, und diese Bauzeit wird über den Sommer geführt werden, daher ist ein runder Tisch vor dem Sommer nicht möglich, nicht notwendig, aber im Herbst werde ich es gerne machen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Keplerbrücke rechts abbiegen meinst du, du hast gesagt links abbiegen, du willst jetzt rechts abbiegen? Wenn man jetzt von der Keplerbrücke kommt, soll es rechts hinuntergehen, ist eine umstrittene Sache, weil ja die Bewohner dort befürchten, dass das nicht nur eine Lösung für eine kurze Zeit, sondern eine Dauerlösung wird. Daher würde ich trotzdem bitten, es war im dringlichen Antrag vom Stefan Haberler gebeten, dass wir vor dem Sommer dazu kommen. Nachdem du so eifrig bist beim Aufstellen der Tafeln, ohne ein bisschen eine Gestaltung vorzunehmen und zu schauen, dass dann vielleicht auch einmal dort das wieder weggeräumt wird vor Ort, weil wenn die Stände alle stehen bleiben dürfen, das war nicht das Ziel der Fußgängerzone, dass man die Stände nicht mehr wegräumen braucht und nur mehr zusammenstellt, sondern dass dort ein Platz entsteht. Vielleicht kann man über einige Sachen reden und am besten redet man, wenn man da einmal einladet zu einem runden Tisch.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Zur Frage.

GR. **Rajakovics:** Die Frage ist, schaffst du das irgendwann einmal, dass wir über das reden oder nicht?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio:** Ich habe, noch einmal, vollzogen, was der Gemeinderat von mir verlangt hat, die Mehrheit des Gemeinderates. Es war von einer Gestaltung überhaupt nicht die Rede, steht auch nicht im Antrag, also ich konnte es nicht erkennen und auch die Ämter haben das nicht erkennen können. Und noch einmal, der Herr Haberler hat mir nicht vorgegeben, wann ich etwas zu tun habe, sondern das können nur die Ämter entscheiden, wann es sinnvoll ist, etwas zu tun und ich halte es nicht für sinnvoll, deswegen mache ich es auch nicht vor dem Sommer, weil die Umbaumaßnahmen, die enormen Umbaumaßnahmen der Keplerbrücke einfach seine Zeit brauchen und erst aus dem heraus erwachsen wird, was können wir tun und ich habe schon bewusst vom Linksabbiegen gesprochen, weil der Wunsch eben da war, es überprüfen zu lassen, bevor man rechts abbiegen lässt, welche Möglichkeiten es mit dem Linksabbiegen gibt. Also das war schon auch Bestandteil des Ganzen. Also nein, es gibt diesen runden Tisch vor dem Sommer nicht, alle anderen Maßnahmen müsstet ihr in anderer Form irgendwie versuchen zu erwirken (*Applaus FPÖ*).

6) Verkehrsaufkommen durch Neubauprojekt am Grillweg

GR. **Luttenberger** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Stadtrat! Etliche von uns waren gestern bei einer Veranstaltung im Hotel Paradies in Graz-Straßgang, es ist darum gegangen, den Flächenwidmungsplan 4.0 vorzustellen, auch der Herr Bürgermeister war dabei, das war sehr erfreulich und ich muss wirklich sagen, um es salopp zu sagen, die Bude war voll, es hat die Leute total interessiert, wie das in der nächsten Zeit weitergeht. Und wenn ich den Herrn Bürgermeister sinngemäß zitieren darf, hat er bei seinen Wortmeldungen unter anderem auch gesagt, also bei aller Freude, die die Stadtentwicklung in sich birgt, dass man Jahr für Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger dazubekommen, muss man halt sehr vorsichtig sein mit den Flächen, die man hat. Und eine ganz wichtige Frage ist neues Bauen, öffentlicher Verkehr, Einbindung, um eben den privaten Kfz-Verkehr einschränken zu können. Jetzt komme ich zum konkreten Punkt. Vor einer Woche lese ich in der Kleinen Zeitung, ich wohne eigentlich nur ein paar Meter weiter weg, dass am Grillweg/Kärntner Straße diese Betonwüste, wo einmal dieses Einkaufszentrum war, durch einen privaten Investor in eine Wohnhausanlage verwandelt werden soll. Es schaut ein bisschen aus, wenn ich die Zeichnung oder das Foto oder den Plan richtig interpretiere, ein bisschen schaut es aus wie die Grazer Terrassenhaussiedlung, sollen so 400 Wohnungen werden, ein großes Geviert, in der Mitte ein großer begrünter Hof, teilweise sogar auch Dachbegrünung. Passt irgendwo nicht schlecht in die Konzeption meiner Meinung nach rein, es soll ja auch beim Autobahnstumpf einiges passieren, also diese Brücke soll weg, das wisst Ihr eh alles. Auf jeden Fall ist das irgendwie Teil dieser neuen Entwicklungskonzeption. Und prinzipiell möchte ich sagen, ist das meiner Meinung nach einmal diskussionswürdig. Denn es ist jetzt wirklich blanker Beton und da ließe sich wirklich einiges entwickeln. Und gleichzeitig bestünde die Chance, dass wir hier ohne relativ großen finanziellen Aufwand auch den öffentlichen Verkehr weiter verbessern könnten. Weil dort ist die Haltestelle von der Buslinie 65, bei der Kärntner Straße ist die Haltestelle der Buslinie 32 und mit wenig Investitionen könnte man, was

zumindest den Bus 65 anbelangt, also hier die Fahrzeiten oder die Taktfahrzeiten irgendwie verlängern auch übers Wochenende und deswegen auch meine

F r a g e

an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat: Welche Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs wären nötig und umsetzbar, um das zu erwartende Verkehrsaufkommen zu bewältigen? Jetzt muss ich noch einen Schlusssatz sagen, weil wenn dort 1000 Leute wohnen, sind das hunderte neue Autos, also deswegen auch die Fragestellung (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Kurt, als Maßnahme wäre schon jetzt notwendig, das Angebot der Buslinie 32 zu verbessern, einerseits durch Herstellung einer höheren Betriebsstabilität als auch durch Taktverdichtungen. Im Frühverkehr Fünf- Minuten-Intervall statt Sechs-Minuten-Intervall und tagsüber sieben Minuten Intervall statt derzeit Zehn-Minuten-Intervall. Diese Maßnahmen sind ein Teil des seitens der Abteilung für Verkehrsplanung gemeinsam mit der Holding Graz Linien ausgearbeiteten Masterplans ÖV als Gesamtkonzept zur kurz- bis mittelfristigen Weiterentwicklung des ÖV in Graz. Es wurde darüber nach der Vorstellung im HGL-Kontrollgremium von mir als zuständigen Stadtsenatsreferenten nicht nur im zuständigen Gemeinderatsausschuss für Verkehr bereits mehrfach berichtet, sondern es wurde auch versucht, dafür eine Projektgenehmigung einzuholen. Informationsbericht für den Ausschuss für Verkehr am 17.9.2014, Vorlage zu einer Projektgenehmigung im Ausschuss inklusive der Linie 32 im Ausschuss für Verkehr am 13.11.2014, ÖV-Maßnahmen Erfordernisse für Zeitraum 2015 bis 2017, dazu wurde aber seitens der Finanzdirektion kein Finanzstück ausgearbeitet. Weshalb dieses Stück nach Unterbrechung im Verkehrsausschuss zu einem Informationsbericht an den

Gemeinderat geändert wurde. Nach einstimmiger Annahme im Verkehrsausschuss aber nicht zur Tagesordnung auf den Gemeinderat zugelassen wurde. Informationsbericht an den Ausschuss für Verkehr am 3.12.2014, offene Finanzierung Infrastruktur und Verkehr 2015/2016 mit dem erneuten Hinweis auf die Dringlichkeit, Erfordernis dieser und vieler anderer Maßnahmen. Für den kommenden Gemeinderat im Juli ist nun neuerlich vorgesehen eine Projektgenehmigung mit den erforderlichen Maßnahmen laut Masterplan ÖV, darunter eben auch für die Linie 32 einzubringen, und zur Klärung der Finanzierung wurde dieses bereits mit dem Bürgermeisteramt und dem Finanzstadtrat an diese beiden übermittelt. Es gibt auch noch einen Termin mit dem Herrn Bürgermeister, wo diese notwendigen Finanzierungen, was den Verkehr anbelangt, also Straßenbahnausbauten, Taktverdichtung etc. erörtert werden, das wird in den nächsten Wochen vor dem nächsten Gemeinderat erfolgen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Also ich bedanke mich, also da scheint doch einiges sich jetzt in der nächsten Zeit zu entscheiden. Meine große Frage und Bitte wäre, die Buslinie 65 nicht zu vergessen, weil die endet am Freitag am Nachmittag und erwacht wieder am Montag in der Früh (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich erlaube mir noch eine Anmerkung zu dem in der Zeitung schon dargestellten Siegerprojekt. Gerade dieses Projekt wird der Gemeinderat auch noch intensiv zu beraten haben, weil hier ein Bebauungsplan zu machen ist, das war jetzt einmal der Wettbewerb und der Wettbewerbssieger, ob es dann tatsächlich so ausschauen wird oder ob es Änderungen geben wird, werden wir fachkundig da herinnen auch noch zu beraten haben und ich möchte auch anmerken, dass natürlich der Wechsel von einem Einkaufszentrum hin zu einem Wohngebiet nicht unbedingt

bedeutet, dass dann mehr Verkehr entsteht. Ich denke, es wird sogar weniger Verkehr sein, aber nichtsdestotrotz ist es notwendig, dass die Anbindungszeiten und die Takte auch für die Bewohnerinnen und Bewohner sich verbessern sollten.

7) Errichtung eines naturnahen Generationenspielplatzes und eines Naturlehrpfades im Naherholungsgebiet „Auwiesen“

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Im März dieses Jahres habe ich im Gemeinderat einen Antrag gestellt, dass die zuständigen Stellen prüfen sollen, es geht um die Errichtung eines Generationenspielplatzes, eines naturnahen Generationenspielplatzes und eines Naturlehrpfades im Bereich des Naherholungsgebietes Auwiesen. Das Gebiet Auwiesen wird sehr stark von den Familien, vor allem mit vielen kleinen Kindern, in Anspruch genommen, wird genutzt und bietet natürlich eine ideale Möglichkeit, den Naturraum Mur, Murauen wirklich den Menschen näherzubringen. Und deshalb sollte ein Generationenspielplatz, der sich sowohl an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert als auch der älteren Menschen, wir haben das ja in Graz schon auch im Robert-Stolz umgesetzt so einen Generationenspielplatz. So ein Generationenspielplatz wäre aus meiner Sicht eine ideale Möglichkeit verbunden mit einem Naturlehrpfad, der wirklich einen Mehrwert für alle Generationen umsetzt. Es kommt noch dazu, dass wir in Liebenau, also im anschließenden Bezirk, keinen naturnahen Kinderspielplatz haben und ich weiß es aus eigener Erfahrung, dass dieses Auwiesen-Gebiet, diese Murauen wirklich hervorragend die Möglichkeit geben, mit Natur, mit den Tieren in Kontakt zu treten. Also ich habe das erste Mal in meinem Leben einen Eisvogel gesehen, es gibt die Reiher, Störche, Enten und, und, und. Also

ich sehe da, mit welch leuchtenden Augen die Kinder diese Tiere beobachten und in Kontakt treten. Ich habe bis dato noch keine Antwort erhalten und mir ist das ein wichtiges Thema, deshalb stelle ich jetzt an dich, lieber Herr Stadtrat, die

Frage:

Welche Schritte wurden bereits gesetzt, um die Errichtung eines naturnahen Generationenspielplatzes und eines Naturlehrpfades im Naherholungsgebiet „Auwiesen“ zu prüfen und gibt es bereits Ergebnisse (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Du erwähnst, wenn ich das richtig sehe, die Anfrage vom 13. März, das war ein Antrag an den Gemeinderat und ich möchte darauf, es gibt an und für sich eine ganz kurze Antwort. Die GBG hat geantwortet, ich habe die Antwort vor mir und zwar ist die Antwort am 9.4.2015 ergangen an die Präsidialabteilung. Die Antwort ist an und für sich ganz kurz, zunächst einmal ist festzustellen, was du schon gesagt hast, dass dort für Kinder sehr viel gemacht worden ist, dass die Auwiesen wahnsinnig attraktiv sind, dort wird gegrillt, dort sind Familien, am Sonntag bekommt man meistens kaum mehr einen Platz, weil es so voll ist und dies einmal festzustellen, dass eben die Gestaltung, die von der Grünraumabteilung gemacht worden ist, wirklich toll war und irrsinnig gut ankommt. Die GBG hat in der Beantwortung festgehalten, dass sie dem durchaus näher treten könnten, dass auch durchaus Hinweise gibt, dass das ganz gut wäre, aber ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn die GBG einen, das ist ein Dienstleister, einen Auftrag von der zuständigen Abteilung bekommt, Grünraumabteilung, Sportabteilung, Baudirektion, wie auch immer. Dieser Auftrag ist jedenfalls so in dieser Form noch nicht erfolgt. Es gibt allerdings eine, wie üblich, eine Arbeitsgruppe die da sehr intensiv daran arbeitet. Ich möchte halt gerne noch einmal wiederholen, dass es schon bei der

Projektumsetzung einen Workshop gegeben hat mit insgesamt 30 Kindern, wo in allen Schulen, von allen Schulen Kinder eingeladen worden sind und die haben dann unter der Leitung der Waldpädagogin Alexandra Fraiß etwa ein Weidenhäuschen im Nahbereich des nördlichen Teils gebaut, eine selbst hergestellte Bachlandschaft gebaut. Es werden dort auch im Zusammenhang mit Schwerpunkt Bauen, Kochen, Wasser und Grillen so eine Art Workshops für diese Kinder gemacht, also es wird dort wirklich sehr, sehr viel gemacht. Der Auftrag, wie gesagt, so wie er sein müsste, um auch ein Budget zur Verfügung zu stellen, ist in dieser Form noch nicht erfolgt. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich weiß auch nicht und kann mir durchaus vorstellen, dass dieser Auftrag nicht an der obersten Priorität der Liste steht bei den genannten Abteilungen, einfach deshalb, weil das ebenso gut funktioniert. Sollte so ein Auftrag kommen, wird er selbstverständlich dann auch von der GBG voll ausgeführt.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Ich gebe dir absolut Recht, es ist irrsinnig viel los, speziell im Sommer im Bereich Auwiesen, aber die Grillplätze sind überfüllt und deshalb wäre es eben wichtig, noch ein Angebot zu schaffen und ich könnte mir vorstellen, dass das von den finanziellen Mitteln nicht so viel ausmacht, weil da wirklich der Naturraum da ist, man braucht nur den Naturraum begehbar machen. Jetzt die Zusatzfrage: Dürfen wir mit deiner Unterstützung rechnen bei diesem Projekt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Meine Unterstützung hast du, das ist überhaupt kein Problem, aber ich kann es nur noch einmal sagen, es bedarf eines Auftrages mit entsprechender Finanzierung von den genannten Abteilungen. Diesen Auftrag kann ich nicht geben, wenn er kommt, volle Unterstützung (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

8) Aussendung des Migrantenbeirates im Zuge des Landtagswahlkampfes

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um eine Aussendung des Migrantenbeirates im Zuge des Landtagswahlkampfes. Diese Aussendung ist in Form eines offenen Briefes an die Adressen, die der Migrantenbeirat auch so hat, verschickt worden und dieses Schreiben strotzt von haltlosen Vorwürfen gegenüber einer wahlwerbenden Partei. Da drinnen ist zu lesen, dass der Wahlkampf einzig und allein aus Fehlinformationen bestanden hätte, dass die Kampagne menschenverachtende Desinformation der Bürger beinhaltet hätte, dass der einzige Grund und das einzige Ziel der FPÖ war, die Wähler zu täuschen und zu manipulieren, dass das Ganze eine hetzerische Wahlwerbung gegen Moscheen wäre und das eine Menschenrechtsverletzung darstellen würde, so wie wenn wir die Geschehnisse und die Probleme in und um Moscheen in Zukunft nicht mehr thematisieren dürften bis hin schmutzige Art von Wahlkampf und den Aufruf an die Wähler, am 31. Mai diesem politischen Stil eine klare Absage zu erteilen. Das ist natürlich, wie wir wissen, wohl eher nicht gelungen.

Es stellen sich schon einige Fragen im Zusammenhang mit diesem Schreiben, nämlich wie kann so etwas überhaupt einmal entstehen, liegt dem ein Beschluss zugrunde, einheitlich, mehrheitlich oder ist das vielleicht sogar nur ein Alleingang? Ich möchte auf jeden Fall auch für meine Fraktion sagen, wir verwehren uns gegen solche Einmischungen in eine politische Wahlauseinandersetzung und zwar von einem offiziell von der Stadt Graz initiierten und eingerichteten Gremium, einer eingerichtete Institution. Über die Legitimation dieses Beirates können wir einmal an anderer Stelle

diskutieren, bei 10 % Wahlbeteiligung, aber das ist eine klare Kompetenzüberschreitung, die so nicht hinzunehmen ist und ich glaube, die Herrschaften aus dem Migrantenbeirat, die sollten daran erinnert werden, was ihre eigentliche Aufgabe ist. Und an dieser Stelle muss man auch die Rolle des Menschenrechtsbeirates wieder einmal hinterfragen, weil der hat nämlich, ohne den Mitgliedern mitzuteilen, das einfach in seinem Verteiler weiter übernommen und an alle ausgeschickt. Also das ist auch etwas, was den Objektivitätsrichtlinien, falls es solche überhaupt gibt, aber zumindest den Objektivitätserwartungen, die man an diese Gremien, die auch vom Steuergeld subventioniert sind, was die betrifft, die sind auf jeden Fall nicht eingehalten und insofern ist es ein sehr, sehr fragwürdiges Verhalten.

Deswegen meine

Frage:

Bist du in deiner Eigenschaft als subventionsauszahlende Stelle der Ansicht, dass gegenständliche Aussendung des Migrantenbeirats vom 29.5.2015 als subventionsgerechtes Verhalten zu qualifizieren ist (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, geschätzter Herr Klubobmann! Zur allgemeinen Erläuterung, der MigrantInnenbeirat ist ein aufgrund landesgesetzlicher Vorgaben einzurichtender Beirat, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Gemäß § 13 des Statutes der Landeshauptstadt Graz ist in der Stadt Graz, sofern mehr als 1000 Migrantinnen oder Migranten in der Stadt ihren Hauptwohnsitz haben, zur Wahrung ihrer Interessen ein MigrantInnenbeirat/Migrantenbeirat einzurichten. Die Anzahl der in der Stadt Graz gemeldeten Migrantinnen und Migranten richtet sich nach dem

Stichtag, § 2 Abs. 1 Gemeindewahlordnung Graz 1992, regelt das. Die Aufgaben und Befugnisse sind, erstens der Migrantinnen- und Migrantenbeirat vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner der Gemeinde, er berät die Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. Zweitens, die Gemeinde hat den Migrantinnen- und Migrantenbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. Drittens, dem Migrantinnen- und Migrantenbeirat sind zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Mittel und Räumlichkeiten von der Stadt Graz zur Verfügung zu stellen. Viertens, der Beirat hat dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über die Lage der ausländischen Mitbürger in der Gemeinde zu erstatten. Fünftens, der Beirat hat mindestens jährlich und jedenfalls auf Antrag von mindestens fünf von 100, der im § 100 der Gemeindewahlordnung Graz in der jeweils geltenden Fassung Wahlberechtigten Informationsveranstaltungen abzuhalten. Diese dienen der Information und Kommunikation zwischen dem Migrantinnen- und Migrantenbeirat und den Einwohnern der Stadt Graz. Da wir den Geschäftsführer und die Sekretärin nicht bei der Stadt Graz anstellen wollten, haben wir eine Vereinbarung mit dem Verein ISOP über die Trägerschaft für diese beiden Personen, die der Verein refundiert erhält und die Räumlichkeiten stellen wir in der Keesgasse zur Verfügung. Der MigrantInnenbeirat ist ein unabhängiges und frei gewähltes Gremium, wie die Bezirksvertretungen oder die österreichische Hochschülerschaft. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sind ehrenamtlich tätig und wie sich diese politisch äußern, liegt daher in deren Ermessen und sie haben das auch zu verantworten. Dass der MigrantInnenbeirat den Wahlkampfstil der FPÖ verurteilt hat, wird dich, nehme ich an, nicht überrascht haben, die Uhrturmausgaben und manche Plakate haben vielen, auch mir, missfallen. Daher sehe ich keinerlei Verfehlung, die einer Sanktion bedürfte (*Applaus ÖVP, KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Gut, das ist jetzt eine Meinung, auch deine Meinung. Trotzdem es ist eine Institution, die mit Steuergeldern auch finanziert wird und ich kann mir oder ich erwarte mir eigentlich, dass es dort auch objektive Betrachtung der Situation gibt, wir reden jetzt nicht von der Einmischung in einen Wahlkampf und ich glaube, die Objektivität ist da nicht gewahrt und ich glaube im Sinne des weiteren gedeihlichen Zusammenlebens und -arbeitens sollten die Herrschaften dort auch diese Objektivitätsansprüche wahren und die Zusatzfrage ist ganz einfach die, ob du bereit bist, auch Kontakt aufzunehmen und die Herrschaften auf das hinweist, dass sie hier auch einen Stil haben, der nicht in dem Sinn dazu beiträgt, dass man gegenseitig solche Einmischungen tätigt, weil wir mischen uns nämlich in die Arbeit und in die Wahlauseinandersetzung, die in unterschiedlichen Bereichen und von unterschiedlichen Listen, die zum Migrantensbeirat wählbar sind, wir mischen uns in diese Auseinandersetzung auch nicht ein...

Zwischenruf: Frage?

GR. Mag. **Sippel**: Ob er bereit ist, auch Kontakt aufzunehmen mit den Herrschaften und Vertretern des Migrantensbeirates, das auch kundzutun (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Frage nach der Objektivität möchte ich schon beantworten. Es fällt wahrscheinlich betroffenen Personen sehr schwer, wenn das Gegenteil von Miteinander auf den Plakaten draufgestanden ist und ich selbst möchte hier anmerken, dass die freiheitliche Partei auf Problemstellungen in unserem Land und auf Sorgen der

Menschen in unserem Land ja eingeht. Aber die Art und Weise, wie ihr es macht und vor allem das eine Plakat, das gleich zwei Gruppen gegeneinander ausspielt, indem man sagt, sozial Schwache bräuchten mehr Wohnungen und stattdessen soll nicht Geld für Moscheen ausgegeben werden, um dann noch zu argumentieren, und ich habe dem Herrn Kunasek im Rundfunk sehr genau zugehört, zu argumentieren, die Stadt Graz hilft finanziell beim Bau der Moschee, wo ihr genau wisst, dass wir einen Wettbewerb gemeinsam gemacht haben und für diesen Wettbewerb, in dem übrigen mehr Grazerinnen und Grazer, städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jury waren, haben wir diesen Wettbewerb finanziert, damit wir einen Bau bekommen, der nicht, so wie von euch immer dargestellt in euren Zeitungen passiert, sondern wo wir ein offenes Gebäude zeigen, das auch dem Anspruch einer Architekturstadt Genüge tut. Und da versucht ihr, Personen gegeneinander auszuspielen und das hat, glaube ich, auch der MigrantInnenbeirat klar zum Ausdruck gebracht, das hat ihnen missfallen, es hat vielen Menschen nicht gefallen und ich glaube auch, dass es auch der freiheitlichen Partei keine Wählerstimmen gebracht hat, diese Art des Wahlkampfes, weil ihr seid jetzt unter 20 % in Graz geblieben und zwar in jener Stadt, in der die meisten Menschen aus dem Ausland leben, wir haben den höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten in der Steiermark. Die Ängste zu bedienen, wollen viele andere in diesem Gemeinderatssaal nicht...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Naja, ihr tut so, als hättet ihr noch nie Wahlen verloren und ich betone nur noch einmal, das Ergebnis in der Landeshauptstadt Graz der FPÖ ist weit hinter dem Landesdurchschnitt zurückgeblieben, wobei sich viele, auch ich drüber gefreut

haben. Ich spreche, wie du hörst, immer von den Parteien, es war ja noch keine Abstimmung über mich und die Grazer Volkspartei und die Sozialdemokratie ist Erster geblieben. Tut das nicht vermischen, das was wir uns wünschen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das war die Frage nach der Objektivität. Und ich glaube nicht, dass man Menschen, die wirklich subjektiv von eurer Werbung betroffen sind, nachher sagen kann, habt ihr das wohl objektiv gemacht? Ich versuche es auch objektiv... habt ihr Recht mit manchen Themen, mit denen ihr auch in den Wahlkampf geht, aber die Art und Weise, wie ihr es gemacht habt, ist zu verurteilen, und das sehen viele Menschen so (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 13.45 Uhr